

Bleibt die Kripo in den Städten?

Außenstellen: Noch ist keine endgültige Entscheidung gefallen

Von Stefan Hagen

Rhein-Neckar. Mannheim wird Sitz des Polizeipräsidiums „Kurfürst“, Heidelberg erhält eine große Kriminaldirektion. So weit, so gut. Was aber wird aus den sechs Kripoaußenstellen in Weinheim, Wiesloch, Schwetzingen, Sinsheim, Eberbach und Ladenburg? Werden sie – wie vorgesehen – aufgelöst, oder gibt es doch noch eine Chance auf kriminalpolizeiliche Präsenz in diesen Kommunen?

„Sicher ist“, sagt Uli Scherl, innenpolitischer Experte der Grünen, „dass es die Kriminalaußenstellen im Rhein-Neckar-Kreis in der bisherigen Form nicht mehr geben wird“. Allerdings, macht er den Städten Hoffnung, sei die Polizeireform ein dynamischer Prozess. Man werde also in nächster Zeit genau analysieren, wo Bedarf besteht und anschließend eine Entscheidung treffen. Es gibt also Spielraum, und so muss es nicht zwangsläufig sein, dass alle Kripobeamteten die Städte verlassen.

„Meines Erachtens muss Weinheim wegen seiner Größe, seiner Struktur als Bildungsregion im Land und seiner geografischen Lage eine Berücksichtigung als kriminalpolizeilicher Stützpunkt finden“, trommelt Oberbürgermeister Heiner Bernhard schon mal in eigener Sache. „Ich sehe da positive Signale und eine realistische Chance“, verbreitet er Optimismus.

„Dass die Kriminalpolizeidirektion ihren Sitz in Heidelberg und nicht gemeinsam mit dem Präsidium in Mannheim haben wird, ändert nichts an der Tatsache, dass sie einen flächenmäßig sehr großen Einzugsbereich hat und die Kripoaußenstellen auch künftig notwendig sein werden“, macht sich auch der CDU-Landtagsabgeordnete Georg Wacker weiter für den Erhalt stark. Die Auflösung der Kriminalaußenstellen etwa in Wiesloch, Sinsheim oder Eberbach sei „ein schwerer Fehler“, ergänzt Wackers Parteifreund Karl Klein. „Ich denke da nur an das Psychiatrische Zentrum Nordbaden in Wiesloch“, stellt er in den Raum.

Fakt ist: Die Städte müssen sich gedulden. Die Reform sei aber nicht in Stein gemeißelt, sagt Charlotte Schneidewind-Hartnagel (Grüne). „Wenn sich herausstellt, dass etwa Eberbach und Sinsheim Bedarf für einen ständigen Kriminalpolizeistandort haben, werde ich mich in Stuttgart dafür einsetzen.“

Freier in Bordell ausgenommen

Frankfurt. (dpa/lhe) Wegen einer groß angelegten Betrugsserie im Frankfurter Bahnhofsviertel hat das Landgericht Frankfurt mehrere Haftstrafen verhängt. Ein 57-Jähriger muss als Kopf der Bande ebenso wie seine rechte Hand vier Jahre und acht Monate in Haft. Bordellkunden wurden in mindestens 43 Fällen um mehr als 200 000 Euro geprellt. Das Landgericht sah gestern den gewerbsmäßigen Diebstahl und Computerbetrug als erwiesen an.

Den teilweise bereits bei der Ankunft betrunkenen Gästen wurde von den Anmiedern noch mehr Alkohol verabreicht. Deshalb bekamen die Männer nicht mit, dass ihre Scheckkarten manipuliert und missbraucht wurden. Nicht nachgewiesen werden konnte der Einsatz von K.o.-Tropfen bei den Freiern – davon war die Anklage auch ausgegangen. Sechs Angeklagte im Alter zwischen 24 und 64 Jahren wurden zu Haft- und Bewährungsstrafen zwischen ein- und zweieinhalb Jahren verurteilt.

„Wir haben damit gerechnet“

Dass Mannheim Sitz des Polizeigrößpräsidiums wird, hat in der Quadratestadt niemand überrascht – Frust in Mosbach

Von Gaby Booth, Stephanie Kern und Alexander Albrecht

Mannheim/Mosbach. „Ein Präsidium außerhalb Mannheims wäre für uns undenkbar gewesen. Stab und Lagezentrum gehören dorthin, wo die größten Anforderungen bestehen“ – Oberbürgermeister Peter Kurz freute sich über die gestrige Nachricht aus Stuttgart, dass Mannheim künftig Sitz des Polizeigrößpräsidiums mit Zuständigkeit für die Quadratestadt, Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis ist (siehe auch Grafik). Doch ist die „Fusion“ auch eine Ideallösung?



Er soll die Reform in Mannheim umsetzen: Detlef Werner. Foto: RP

Man habe sich in der Metropolregion den Erhalt des Mannheimer Präsidiums und der Polizeidirektion Heidelberg gewünscht, räumte Kurz ein. „Doch wir sind zuversichtlich, dass die Verzahnung mit den Kollegen aus Heidelberg und den Umlandgemeinden im Großpräsidium gelingen wird“, zeigte sich der SPD-Politiker optimistisch.

Wenig überrascht gab sich der Mannheimer Polizeisprecher Martin Boll. „Wir haben damit gerechnet, dass der Sitz in der zweitgrößten Stadt des Landes bleibt und daneben Immobilien in Heidelberg genutzt werden“, sagte er auf RNZ-Anfrage. Letztlich habe das baden-württembergische Innenministerium auch der Situation Rechnung getragen, „dass Mannheim aufgrund seiner Großstadtkriminalität genügend Kripobeamtete vor Ort braucht“.

Für mehr Überraschung habe die Entscheidung gesorgt, den derzeitigen Chef des Referats 64 – Führung und Einsatz – bei der Landespolizeidirektion Karlsruhe, Detlef Werner, mit der Aufgabe zu betrauen, die Reform in Mannheim umzusetzen. Problematisch sei das aber nicht, zumal der Leitende Polizeidirektor schon in der Quadratestadt gearbeitet habe, so Boll weiter. Ein ranghoher Vertreter der grün-roten Koalition in Stuttgart nannte Werner „einen anerkannten und hervorragenden Polizisten“. Und: „Er ist der Polizeipräsident ins spe.“ Unklar ist, welche Rolle die jetzige Chefin des Mannheimer Präsidiums, Caren Denner, bei



Die Mammutbehörde in Mannheim ist künftig für die Quadratestadt, Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis zuständig. Die Polizeidirektion Mosbach verliert ihre „Selbstständigkeit“ und wird dem neuen Regionalpräsidium Heilbronn zugeschlagen. Grafik: Peh & Schefcik

diesem Szenario spielen würde. Zunächst wird sie sich als Stellvertreterin Werners der Polizeireform und dem Aufbau des Großpräsidiums widmen.

Zu den offenen Fragen zählt auch, was mit der Reiterstaffel passiert. Möglicherweise wird sie am Standort Mannheim bleiben, sie könnte aber auch nach Stuttgart verlegt werden. „Das ist noch nicht raus“, meinte Boll. Die Wasserschutzpolizei, so viel steht seit gestern fest, gehört nicht mehr zur neuen Mammutbehörde.

Dass Mosbach seine Polizeidirektion verliert, hat im Neckar-Odenwald-Kreis gemischte Reaktionen ausgelöst. „Für die Bürger ist eine schnelle und kompetente Reaktion durch die Polizei entscheidend und nicht die Nähe zur polizeilichen Leitungsebene“, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete Georg Nelius und stellte sich damit vor seinen Parteifreund, den ba-

württembergischen Innenminister Reinhold Gall. Der hatte gestern verkündet, dass der Neckar-Odenwald-Kreis dem Regionalpräsidium Heilbronn zufällt. Die Behörde ist zudem für die Käth-



Tagesthema

chenstadt, den Hohenlohekreis und den Main-Tauber-Kreis zuständig. Weniger positiv als Nelius kommentierte Stefan Brötel die Standortentscheidung. „Es wird keine Stärkung, sondern vielmehr eine erhebliche Schwächung der Polizeipräsenz vor Ort eintreten“, fürchtet der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises.

Der CDU-Landtagsfraktionsvorsitzende Peter Hauk wertete die regionalen Auswirkungen der Reform gar als „Schlag gegen die erfolgreichen Polizeistrukturen im Neckar-Odenwald-Kreis“.

Konkret sei nun vorgesehen, die Kriminalaußenstelle in Buchen zu schließen, während in Mosbach die Kriminalpolizei erhalten bleibt. Hundestaffel und Verkehrspolizei werden künftig hingegen in Heilbronn untergebracht sein. „Damit werden effektiv rund 50 Polizisten weniger im Kreis ihren Dienst tun“, schimpfte Hauk.

Der Leiter der Polizeidirektion Mosbach, Hans Becker, sah es „wenigstens“ als positiv an, dass Heilbronn den „Zuschlag“ erhalten hat. In der Diskussion waren im Vorfeld auch Heidelberg und Mannheim. Die Beziehungen zum Raum Heilbronn seien aber „einfach stärker“, sagte Becker.

„Heimat neu erfahren“

Metropolregion startet Wettbewerb für 12- bis 21-Jährige – Gesucht werden pfiffige Tourismuseiden

Rhein-Neckar. (RNZ/zg) Jugendliche aufgepasst: Unter den Schlagwörtern „Ich sehe was, was Du nicht siehst“ und „Komm mit, ich zeig Dir was“ steht der neue Wettbewerb „Heimat neu erfahren – Frische Tourismuseiden für die Region“. Die Organisatoren – der Verband Region Rhein-Neckar in Kooperation mit dem Verein Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar und der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH – rufen ab sofort junge Leute zwischen zwölf und 21 Jahren dazu auf, sich aus touristischer Perspektive kreativ mit ihrer Heimat auseinanderzusetzen.

Entwickelt werden sollen neue Marketingkonzepte, die besondere Orte, Sehenswürdigkeiten oder Landschaften für Gäste aus dem In- und Ausland erlebbar machen, zum Beispiel interaktive Führungen, Kurzfilme oder Internetangebote. Die Teilnehmer – Einzelle oder Gruppen bis zu fünf Personen aus Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen oder

Vereinen – können ein Preisgeld von insgesamt 5000 Euro, Praktika in Werbe- und PR-Agenturen sowie in Tourismusbüros gewinnen.

Die Art des Beitrags ist frei wählbar. Erwartet werden, so die Organisatoren, „umsetzungsfähige Vorschläge, die der Praxis standhalten“. Die Beiträge können sowohl per Post als auch per E-Mail eingereicht werden.

Jury entscheidet über Preisgeld und Praktika

Bei elektronischer Abgabe wird darum gebeten, eines der üblichen Formate zu verwenden (doc, docx, pdf); bei Filmen und Spots ein gängiges Audio- oder Videodateiformat (mp3, mpeg4, mvv). In beiden Fällen muss ein Formblatt, zu finden unter www.m-r-n.com/slh, unter-

schrieben beiliegen. Einsendeschluss ist Freitag, 29. Juni. In der namhaft besetzten Jury des Wettbewerbs sind die Tourismusorganisationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz ebenso vertreten, wie die wissenschaftliche Seite der Branche, Werbe- und PR-Profis.

Bewertet werden der Neuigkeitswert und die Originalität des Beitrags, die zielgruppengerechte Ansprache, die auf den offiziellen Internetseiten des Wettbewerbs unter www.m-r-n.com/slh direkt verlinkt sind.

Die Konkurrenz um die besten Ideen ist Teil des Regionalentwicklungprojektes „Die Metropolregion Rhein-Neckar – Stadt, Land, Heimat“. Mit diesem soll die Wahrnehmung der Region bei den Einwohnern gefördert und dabei das Wir-Gefühl gestärkt werden.

Mit dem Auto in den Neckar gefahren

Binau. (schat) Lebensgefährlich verletzt wurde gestern Vormittag eine 83-Jährige, die mit ihrem Wagen von der B 37 bei Binau (Neckar-Odenwald-Kreis) abgekommen und in den Neckar gefahren war. Die Seniorin konnte sich noch selbst aus dem rasch sinkenden Wagen retten und mithilfe anderer Autofahrer an Land gelangen. Dort verlor sie das Bewusstsein und musste reanimiert werden. Ihr Wagen wurde nach intensiver Suche im trüben Neckar lokalisiert und geborgen.



In den Neckar fuhr eine 83-Jährige gestern bei Binau mit ihrem Wagen. Foto: schat

Die Situation der Flüchtlinge in Hardheim soll sich spürbar verbessern

Der Kreis kauft die Asylbewerberunterkunft und plant Anbau und Sanierung – Menschenrechtler hatten im vergangenen Jahr „gefängnisähnliche Architektur“ kritisiert

Von Rüdiger Busch

Hardheim. „Die Unterbringungssituation der Asylbewerber in der Region wird sich deutlich verbessern“ – diese gute Nachricht hat der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, Achim Brötel, nun der RNZ mitgeteilt. Seit Montag ist klar, dass der Kreis an Hardheim als Standort für die Gemeinschaftsunterkunft festhalten wird. Noch im vergangenen Jahr hatte man nach Alternativen gesucht.

Doch nicht nur das: Der Neckar-Odenwald-Kreis wird das Gebäude vom Bund erwerben, es um einen Anbau erweitern und den Bestand zudem aufwendig renovieren. Wie Brötel zudem erklärte, wurde die halbe Stelle für die soziale Betreuung in der Unterkunft in eine ganze umgewandelt. Fast zeitgleich

tagten am Montagabend der Hardheimer Gemeinderat sowie der Kreistagsausschuss für Verwaltung und Finanzen. Die Kommunalpolitiker stellten dabei die Weichen für die nun gefundene Lösung, die zuallererst dem Wohl der Flüchtlinge dienen, aber auch – nach der Bekanntgabe der Schließung der Kaserne – ein Zeichen der Solidarität gegenüber Hardheim darstellen soll, wie der Landrat deutlich machte.

Im vergangenen Jahr war die Lebenssituation der Migranten in der Gemeinschaftsunterkunft in die Schlagzeilen geraten. Auslöser war damals die vom Kreis ins Kalkül gezogene Änderung der ärztlichen Versorgung der Asylbewerber gewesen. In der Folge hatte sich unter anderem der Flüchtlingsrat zu Wort gemeldet und eine Schließung der Ein-

richtung gefordert (die RNZ berichtete). Die Kritik entzündete sich an der „gefängnisähnlichen Architektur“, an der Umzäunung und am „Massenlagercharakter“. Ehemalige Bewohner prangerten die Überbelegung von Zimmern und eine nicht funktionierende Heizung an.

„Der Verbesserungsbedarf ist unstrittig“, räumte Brötel ein, „vor allem für Familien mit Kindern.“ Aus diesem Grund habe sich der Kreis 2011 nach Alternativen umgesehen. Nachdem sich die Pläne in Auerbach zerschlagen hatten, „sind wir wieder in Hardheim gelandet“. Dies aber ganz bewusst, so der Landrat weiter: „Wir sehen uns in der Pflicht, diesen Standort zu stärken.“

Voraussetzung dafür, dass der Kreis nun in die Unterkunft investiert, war, dass ihm das Gebäude auch gehört. Nach zä-

hen Verhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben konnte Einigkeit über den Erwerb des Geländes erzielt werden. Den Kaufpreis wollte Brötel nicht verraten. Nur soviel: „Wir können damit leben.“

Nun soll schnellstmöglich in die Planungen eingestiegen und noch vor der Sommerpause ein Konzept im Kreistagsausschuss vorgestellt werden, damit mit den Baumaßnahmen begonnen werden kann. Was bereits feststeht: Das Gebäude erhält einen Anbau, in dem speziell Wohnungen für Familien geschaffen werden sollen. Zudem wird der Gebäudebestand saniert, die Heizung erneuert und die sanitären Einrichtungen auf Vordermann gebracht.

Wie viel Geld der Kreis letztlich in die Asylbewerberunterkunft investieren

wird, steht noch nicht fest. Die 900 000 Euro, die im Haushalt für den Alternativstandort Auerbach veranschlagt waren, werden für die Gesamtmaßnahme auf jeden Fall nicht ausreichen, unterstrich Brötel.

In Hardheim hat man die Entscheidung des Kreises positiv aufgenommen. Um die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für das Bauvorhaben zu schaffen, hatte der Gemeinderat die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Sondergebiet „Anlage für soziale Zwecke“ auf dem 14 466 Quadratmeter großen Areal beschlossen. Bürgermeister Heribert Fouquet dankte den ehrenamtlichen Helfern, die mit ihrem Engagement zur Integration der derzeit rund 70 Flüchtlinge in der Gesellschaft beigetragen hätten.